

Platz abbeck

Nr. 2, 9. April 2020

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Widerstand zeigt Wirkung

Seit mehreren Jahren kämpfen die Bewohner*innen der Egonstraße in Köln-Flittard gegen den Abriss ihrer Wohnungen

Zwischen Stammheim und Flittard liegt die Siedlung Egonstraße. Die Siedlung gehört der Stadt. Die Mieter*innen haben einen Mietvertrag mit der Stadt Köln. Die Wohnungen befinden sich in kleinen, einfachen Einfamilienhäusern, die 1943 als Munitionsbunker gebaut worden sind. Nach dem Krieg gab es eine extreme Wohnungsnot. Also sind die Menschen in diese Häuser gezogen und haben diese nach und nach technisch aufgerüstet.

1953 hat die Stadt in unmittelbarer Nachbarschaft das Großklärwerk in Betrieb genommen. Mittlerweile gibt es Abstandsvorschriften zur Wohnbebauung, die im Bezug auf die Siedlung Egonstraße kritisch zu betrachten sind. In den achtziger Jahren hat die Stadt die 80 Häuser an den Kanal angeschlossen. 1982 wurde vom Kölner Stadtrat der Flächennutzungsplan geändert. Fortan sollte das Gebiet als Grünfläche genutzt werden. Der Plan der Stadt: Wenn Mieter*innen und Mieter ausziehen, erfolgt keine Neuvermietung, sondern das betroffene Haus wird abgerissen. So will man die Siedlung nach und nach abbauen und die Fläche ihrer Bestimmung als Grünfläche zuführen.

Auf diesem Weg sind bis heute circa 30 Häuser abgebrochen worden. Die Bewohner*innen der Siedlung wollen das nicht mehr hinnehmen und protestieren politisch und wehren sich mit juristischen Mitteln gegen den Abriss. Wie oben beschrieben, liegt die Siedlung in einer Grünfläche. Nun könnte man meinen, dass keine Häuser in eine Grünfläche gehören. Doch die juristische Sicht auf die Dinge ermöglicht eine andere Argumentation: Liegt eine Siedlung in einer ausgewiesenen Grünfläche, kann man dort trotzdem die Siedlung erhalten. Weggefallene Häuser können durch neue ersetzt werden, wenn diese sich in die bestehende Baustruktur einfügen. Ein Bebauungsplan ist

Fortsetzung Seite 2 →

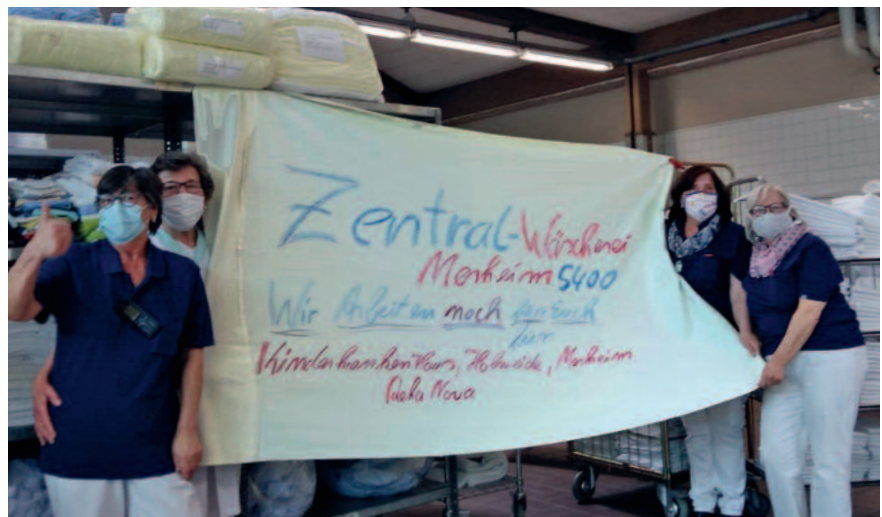
Kölner Stadtrat beschließt 45 Mio. Euro für kommunale Hilfsmaßnahmen gegen Corona

Täglich ändert sich die weltweite gesundheitliche Bedrohung durch den Coronavirus. Die Kölner Ratsfraktion DIE LINKE bemüht sich seit Beginn dieser Krise, konkrete Hilfen anzustoßen. Der Schock war groß, als einer unserer Ratsmitglieder vor verschlossener Tür der Obdachloseneinrichtung Gulliver stand, und die Kölner Tafel uns mitteilte, dass sie nur noch wenige Tage Essensausgaben organisieren kann. Zahlreiche Helferinnen und Helfer konnten ihr Ehrenamt nicht mehr ausüben.

Schnell und unbürokratisch reagierte die Sozialverwaltung. Inzwischen ist Gulliver wieder geöffnet, die Kölner Tafel macht weiter. Trotzdem sind die Leistungsangebote für Wohnungslose und Obdachlose nicht wie früher. Kein Grund sich auf die Schulter zu klopfen, sondern Stück um

Stück um jede kleine Verbesserung zu kämpfen. Die Fraktion wird sich vor allem dafür einsetzen, dass mehr hauptamtliche Strukturen, z.B. von sozialen Trägern, einbezogen werden. Ehrenamt ist wichtig und gut, kann aber in diesen harten Zeiten nicht vollständig, rund um die Uhr, helfen. Dafür muss dann auch Geld in die Hand genommen werden.

Dass der Kölner Stadtrat auf seiner Sitzung am 26. März kommunale Hilfe vorerst in einem Volumen von 45 Mio. Euro einstimmig beschlossen hat, sollte die Diskussionen über den Erhalt von sozialen Strukturen erleichtern und verbessern. Wir wollen an dieser Stelle nicht mehr veraten: Es war aber ein harter Kampf, diesen Beschluss im Kölner Stadtrat zu erwirken. Es geht jetzt aber nicht um politische



Die Mitarbeiterinnen der Wäscherei der Städt. Kliniken nähern gerade die aktuell so wichtigen Mundschutze, von denen es viel zu wenige gibt. Doch wahrscheinlich nicht mehr lang. Denn die Mehrheit der im Rat vertretenen Parteien außer der LINKEN hat einer Privatisierung der Wäscherei zugestimmt. Was sich zu Zeiten des Coronavirus in den größten stadteigenen Kölner Kliniken abspielt, steht auf Seite 6.



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

→ von Seite 1:

Kölner Stadtrat zu Corona

Profilierung, sondern darum den Menschen konkret zu helfen.

Die demokratischen Fraktionen im Rat der Stadt Köln müssen jetzt den Kölner Krisenstab und die Verwaltung kritisch begleiten. Schade war, dass der Kölner Stadtdirektor und Chef des Krisenstabes, Dr. Keller, das etwas anders sieht. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte die Sitzung des Kölner Stadtrates gar nicht stattgefunden. Das sah die Politik größtenteils anders. Die Stadtratssitzung fand statt und befasste sich kurz und zielstrebig mit den anstehenden Aufgaben in dieser schwierigen Krise. DIE LINKE unterbreitete in der Ratssitzung erneut ihren Vorschlag, bis Ende Mai eine komplette Ratssitzung ausfallen zu lassen, dafür aber alle zwei/drei Wochen eine Hauptausschusssitzung durchzuführen, um aktiv und konkret mit der Verwaltung in der Abstimmung zu sein. Es gibt Anzeichen dafür, dass so verfahren werden soll.

Die Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert hat einen Tag nach der Ratssitzung eine Haushaltssperre verhängt, ohne Vorankündigung und ohne auszuführen, was das konkret heißt. Haushaltssperre heißt, nur pflichtige Ausgaben werden getätigt und Ausgaben für die „aktuelle Krisenbewältigung“. Nach Ansicht der LINKEN das falsche Signal. Jetzt muss es darum gehen soziale, kulturelle aber auch wirtschaftliche Strukturen zu erhalten und darum den Kampf zu führen. Da hilft uns im Moment keine fiktive schwarze Null, sondern umsichtiges Agieren.

Deshalb setzt sich die Ratsfraktion für einen kommunalen Rettungsschirm auf NRW-Ebene ein. Kommunale Haushalte werden die Finanzanforderungen nicht alleine stemmen können. Die Ratsfraktion rechnet alleine mit mindestens 20.000 zusätzlichen Hartz IV-Empfängern in Köln und 120 Mio. Euro mehr für die Kosten der Unterkunft. Die Gewerbesteuer wird übers Jahr wegbrechen, vielleicht um 400 Mio. Euro.

Jetzt kommt es darauf an, mit den vielen Kölnerinnen und Kölnern im konkreten Dialog zu bleiben. Nicht nur um 21 Uhr, wenn man gemeinsam klatscht, in Anerkennung und Respekt vor den Beschäftigten im Gesundheitswesen, dem Einzelhandel und der Logistikbranche, den Mitarbeitenden der Stadt Köln und vielen anderen, sondern auch in den konkreten Problemlagen, wenn es zum Beispiel an Schutzkleidung für betroffene Kolleginnen und Kollegen fehlt. Probleme im Kleinen und Großen werden noch genug entstehen.

Jörg Detjen,
Michael Weisenstein

Güldane Tokyürek in der Aktuellen Stunde zur Corona-Krise in der Kölner Ratssitzung am 26. März 2020

Bundespräsident Steinmeier sagte kürzlich einen treffenden Satz: „Viren haben keine Staatsangehörigkeit“.

Die Staaten sind unterschiedlich betroffen und gehen damit unterschiedlich um. Wir müssen Corona gemeinsam und solidarisch besiegen! Und wenn gar die FAZ sich gestern darüber empörte, dass sich die Reichen in New York vor den Viren auf ihren Luxusjachten auf und davon machen, sehen wir den Unterschied zwischen Arm und Reich und deren unterschiedliche Betroffenheit.

Deshalb setzt sich die Kölner Ratsfraktion DIE LINKE gerade in dieser Lage, in der auch die Mittelschichten in ihrer Existenz hart getroffen werden, insbesondere für die Menschen ein, die arm sind und abgehängt. Niemand darf vergessen werden! Jeder muss geschützt werden und Zugang zu sozialen Leistungen haben.

Es ist bitter, dass in der letzten Woche Obdachloseneinrichtungen schließen mussten. Die Kölner Tafel ist gefährdet. Daran können wir erkennen, soziale Einrichtungen sind ohne Ehrenamt nicht durchführbar. Das aber zeigt auch, dass bezahlte, ausreichende professionelle Strukturen viel stärker sein müssen. Die Sozialverwaltung hat sofort reagiert und auf soziale Träger zurückgegriffen. Danke für dieses große Engagement.

Deshalb brauchen wir jetzt aber auch einen sozialen Hilfsfonds. Es muss klar



sein, für solche und andere Notlagen geben wir Geld aus. Und hier liegt unsere Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung: EU, Bund und Land stellen Milliarden Euro zur Verfügung. Sie sind breit gestreut. Aber es gibt immer wieder Gruppen, denen keine Mittel zur Verfügung stehen, und genau da müssen wir uns engagieren und dazu brauchen wir mindestens 45 Mio. Euro Haushaltsmittel.

In der Corona-Krise schauen laut „Altenbach“ nur 24 % der Menschen in Deutschland hoffnungsvoll in die Zukunft. Das ist der niedrigste Wert seit 1949. Wir dürfen soziale Verwerfungen nicht zulassen und müssen aktuell schnell und unbürokratisch reagieren. Wir brauchen als Politik einen ständigen Kommunikationsprozess mit den Kölnerinnen und Kölnern, dem Krisenstab und untereinander. Vielleicht ein Beispiel: Die häusliche Gewalt nimmt zu. Aktuelle Berichte aus China weisen nach, dass im Rahmen der Ausgangssperre in China ein dramatischer, unglaublicher Anstieg verzeichnet wurde - mit zahlreichen Selbstmorden von Frauen. Das sollte uns nachdenklich machen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller, jede und jeder muss jetzt ihren Job machen. Die Verwaltung und die Politik. Unsere Empfehlung an Sie und an die Politik wäre: Lassen sie uns gemeinsam in Sitzungen des Hauptausschusses alle zwei/drei Wochen die Lage erörtern und gemeinsam handeln.

von Seite 1: Egonstraße



für eine solche Ergänzung nicht nötig. Es reicht eine einfache Baugenehmigung.

Voraussetzung für die Erteilung einer solchen Baugenehmigung ist allerdings, dass die geplante Maßnahme im Innenbereich liegt, also eine zusammenhängende Siedlungsstruktur besteht. Wenn die Voraussetzung für eine Baugenehmigung erfüllt ist, dann hat die Stadt auch keine Argu-

mente mehr, die Häuser abzureißen.

Strittig in der juristischen Frage ist also, ob die Siedlung innerhalb oder außerhalb eines Siedlungszusammenhangs liegt. Vieles spricht für einen Siedlungszusammenhang, da die Egonstraße direkt an die Bebauung der Schloßstraße angrenzt.

Die Stadt wäre gut beraten, ihre bisherige Haltung zu überdenken. Unabhängig von der juristischen Lage ist die Wohnungsnot in Köln in den letzten Jahren so drastisch geworden, dass es politisch nicht vertretbar ist, kommunalen, preiswerten Wohnraum zu vernichten.

Die Fraktionen von SPD und LINKE wollen die Siedlung erhalten, es gibt auch Hinweise, dass in der CDU ein Prozess des Umdenkens in Gang kommt.

Die Menschen aus der Egonstraße müssen den Druck auf die Politik aufrechterhalten. Dann gibt es gute Chancen, die Siedlung zu erhalten.

Michael Weisenstein

Aus den Bezirken

EHRENFELD

Begrenzte Barrierefreiheit

Ja zur Barrierefreiheit – aber nur solange dem keine Kommerzinteressen entgegenstehen. So oder so ähnlich ist wohl der Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld zu verstehen. Stadtdirektor Keller war extra nach Ehrenfeld zu kommen, um die Vorlage zur Barrierefreiheit auf Gehwegen zu erläutern. Ein Änderungsantrag von Deine Freunde und Grünen sah vor, dass Ausnahmen für Außengastronomie zu gewähren seien. Stadtdirektor Keller unterstützte diese Sichtweise, indem er herausstellte, dass Außengastronomie zum urbanen Lebensgefühl dazu gehörte.

Unsere Fraktion forderte, keine neuerlichen Ausnahmen und sei es für Außengastronomie zu schaffen. Wir machten zudem darauf aufmerksam, dass auch Sicherheitsabstände zu Tischen und Stühlen der Außengastronomie nötig sind und nicht nur zu Hauswänden und Straßenrand. Schließlich würden Kund*innen Stühle und Tische auch soweit verrücken können, dass Gehwege für mobilitätseingeschränkte Menschen unpassierbar würden. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld wollte sich dem nicht anschließen. So wird im hippen Ehrenfeld die Barrierefreiheit nur so lange garantiert wie sie einer Privatisierung öffentlichen Raums aus Gewinnerzielungsabsicht nicht entgegensteht. Kommerz vor Mobilität. Auch so können Verdrängung und Gentrifizierung vorangetrieben werden.

Christoph Besser

EHRENFELD

Ehrenfeld bekommt Mikro-Depots (vielleicht)!

Für 1,9 Mio. Euro bezuschusst die Stadt Köln die Anschaffung von Lastenfahrrädern. Einen Antrag konnten insbesondere kleine Unternehmen, Vereine und Privatpersonen stellen, die sich in Gruppen zu mindestens drei Personen zusammenschlossen hatten.

Die gegenwärtige Ausgestaltung des Förderprogramms hat unzählige Mängel.



In seiner derzeitigen Fassung dient es vornehmlich dazu, der oberen Mittelschicht ein urbanes Lifestyle-Accessoire kostengünstiger zu beschaffen.

Zwar soll auch ein Beitrag geleistet werden, Lieferverkehre aufs Lastenrad zu verlagern. Dafür fehlt allerdings ein weiterer wichtiger Baustein, der in unzähligen Untersuchungen als zwingend notwendig genannt ist: Eine Mikro-Depot genannte Verteil- und Umladestation, wo Waren und Güter vom motorisierten Lieferverkehr aufs Lastenrad umgeladen werden können.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschloss auf Antrag unserer Fraktion, den Standort für ein solches Mikro-Depot in Ehrenfeld zu prüfen. Eine weitergehende Prüfung, welche die Lastenradförderung auch hinsichtlich ihres Beitrags zur Verlagerung von Lieferkehren in den Blick genommen hätte, wollten Deine Freunde und Grüne nicht mittragen.

Christoph Besser

LINDENTHAL

Das Römergrab in Weiden

Die römische Grabkammer in Weiden hatte hohen Besuch. Am 11. Februar besuchte Ministerin Scharrenbach für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes das Römergrab. Sie ist auch für den Denkmalschutz der römischen Grabkammer in Weiden zuständig.

Das Grab wurde 1843 zufällig bei dem Versuch einen Keller zu bauen von dem damaligen Besitzer, dem Fuhrmann Ferdinand Sieger, entdeckt. In der Hoffnung einen Schatz zu finden, schlossen sich der damalige Bürgermeister Weygold aus Üsdorf und der Gutsbesitzer Dapper unter Aufsicht eines Bergmanns zusammen, fanden aber nur Schutt einer eingefallenen Grabkammer. 1844 konnte der Dombaumeister Ernst Fridrich Zwirner das Grundstück für das Königreich Preußen erwerben. Nachdem 1848 ein Schutzbau fertiggestellt wurde, ist das Grabmal für die Öffentlichkeit zugänglich. Das Land Nordrhein-Westfalen ist damit Rechtsnachfolger und kommt für das Grabmal auf.

2019 gründete sich ein Fördererverein. Die KVB hat die Haltestelle „Weiden Schulstrasse“ in „Römergrab Weiden“ umbenannt, und die Öffentlichkeit identifiziert sich seitdem mit dieser Fundstätte. Waren bisher ca. 400 Besucher insgesamt zu verzeichnen, so sind es heute bis zu 400 Besucher wöchentlich.

Nun sorgt das Land als Besitzerin für einen barrierefreien Zugang ins Wärterhaus aus dem Jahr 1848. Um einen kostenfreien Eintritt für Schulklassen zu gewährleisten, benötigt der Förderverein eine Summe von 20.000 Euro, doch bisher gibt es dafür noch kein grünes Licht.

Gisela Stahlhofen

KALK

AfD – nur eine konservative Partei?

Am 12.03.2020 wurde in der Bezirksvertretung Kalk unter anderem ein Antrag mit dem Titel „Aufhängen von Schildern: Respekt! Kein Platz für Rassismus“ unserer Fraktion in die Bezirksvertretung Kalk eingebracht und abgestimmt.

In der Begründung unseres Antrags bezogen wir uns unter anderem auf die auch in den letzten Monaten stattgefundenen Mordanschläge in Halle, Hanau und die Anschläge auf Walter Lübke und Henriette Reker durch Rechtsterroristen. Auch im Hinblick auf die anstehenden Antirassismus-Wochen im HövILand sollte hiermit ein deutliches Zeichen durch die Bezirksvertretung Kalk gegen rechte Hetze und Gewalt gesetzt werden.

Eingebracht und begründet wurde der Antrag durch die zweite stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Dr. Tanja Groß von der antragstellenden Fraktion DIE LINKE. Weitere Wortmeldungen gab es hierzu nicht.

Das Abstimmungsergebnis war sehr deutlich und lässt gleichzeitig tief blicken. Fast alle weiteren in der Bezirksvertretung Kalk vertretenen Fraktionen und Einzelmandatsträger stimmten dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zu. Einzig der Einzelvertreter der AfD Stephan Boyens sprach sich gegen den Antrag aus. So wurde der Antrag mehrheitlich gegen seine Stimme beschlossen.

Hiermit hat die Bezirksvertretung ein klares Zeichen für einen weltoffenen und bunten Stadtbezirk gesetzt und sich gegen braune Bestrebungen gestellt. Die AfD hingegen zeigt erneut, dass sie nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht, in dem sie sich klar gegen Artikel 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt“ stellt.

Aufgrund der vielen Toten durch rechtsterroristische Gewalt muss der Kampf gegen RassistInnen und Nazis sowohl auf der Straße als auch in den Parlamenten weiter gehen. Die AfD ist keine Alternative für Deutschland! Sie spaltet und nutzt Ängste in der Gesellschaft für ihre politischen Ziele, die aus Ausgrenzung, Menschenfeindlichkeit und Hass bestehen. Kalk ist und bleibt bunt!

Tanja Groß

Aus den Ausschüssen

SCHULE

30 % Abweisungen an Gesamtschulen

Nach dem Abschluss der Gesamtschulmeldungen für das nächste Schuljahr hat die Kölner Stadtverwaltung jetzt die aktuellen Zahlen veröffentlicht. Danach wurden bei 3.219 Anmeldungen 950 Kinder wegen des nach wie vor bestehenden Fehlbedarfs an Gesamtschulen in Köln abgelehnt. Mit der Aufnahme von lediglich 2.268 Kindern konnte die Stadt Köln also nur für 70 % die erforderlichen Gesamtschulplätze zur Verfügung stellen.

Dies kommt leider nicht überraschend. Die Oberbürgermeisterin und das schwarz-grüne Bündnis haben andere Prioritäten gesetzt. Während es seit 2018 ein besonderes Ausbauprogramm für Gymnasien gibt, wurde ein solches für Gesamtschulen abgelehnt. DIE LINKE fordert erneut: Köln braucht sofort ein kräftiges Ausbauprogramm für Gesamtschulen!

In ihrer Presseinformation vom 14.2.2020 dokumentiert die Verwaltung selbst das weitgehende Scheitern ihrer Gesamtschulpolitik. Weiterhin fehlen sieben neue Gesamtschulen in der Stadt. Und obwohl in den letzten zehn Jahren einige Neu- und Ausbaumaßnahmen realisiert wurden, bleibt bei weiterhin steigenden Anmeldezahlen der nicht erfüllte Gesamtschulbedarf in gleicher Höhe - mit jährlicher Abweisung von fast 1000 Kindern.

Für diese bleiben dann nur ungewollte Schulen mit oft problematischen Lernverläufen und letztlich bis in gesamte Lebensentwicklungen hinein wirkenden Problemen. Davon sind vor allem Kinder aus benachteiligten Verhältnissen betroffen. Gerade deren schulische und familiäre Entwicklung bedarf solider Bildung und sozialpädagogischer Betreuung.

Die Oberbürgermeisterin und das schwarz-grüne Ratsbündnis müssen eine entsprechende Umorientierung einleiten. Dazu muss deutlich mehr Geld in die Hand genommen werden, damit Personal eingestellt und mehr Gesamtschulen gebaut werden können. Aber auch die heutige Landesregierung und ihre Vorgängerin sind in der Verantwortung. Eltern, die einen Platz an einer Gesamtschule wünschen, müssen darauf einen Rechtsanspruch haben, wie bei anderen Schulformen. Und das Land muss die nötigen Neubauten in den Kommunen finanziell unterstützen.

DIE LINKE forderte wiederholt ein Ausbauprogramm für Gesamtschulen, zuletzt am 16.12.2019: <https://www.linksfraktion-koeln.de/politik-im->

[rat/detail/news/die-grosse-koelner-gesamtschulluecke-schliessen/](https://www.linksfraktion-koeln.de/politik-im-rat/detail/news/die-grosse-koelner-gesamtschulluecke-schliessen/)

Heiner Kockerbeck, Oswald Pannes

KULTUR

Kultur in Zeiten des Coronavirus

Kultur lebt von Miteinander und Füreinander. Aber jetzt, während einer Pandemie, ist nichts mehr möglich. Alle Theater und Museen sind geschlossen. Viele Künstlerinnen und Künstler sind Solounternehmen und haben in der Regel auch keine Rücklagen schaffen können. Mieten für die eigene Wohnung oder gar für ein Atelier sind nicht mehr zu bezahlen und Strom, Kommunikation, Essen und Wasser braucht der Mensch ja auch noch.

In der letzten Ratssitzung ist erfreulicherweise parteiübergreifend ein umfangreiches Unterstützungspaket beschlossen worden. Alle Kulturschaffenden, die Fördermittel der Stadt oder des Landes und des Bundes in Anspruch nehmen, können darüber ihre Existenz halten oder zumindest retten. Aber ALLE stimmt auch nicht, denn die, die einen Verein gegründet haben und keine Fördermittel beantragt haben oder erhalten, fallen durch das Rettungsnetz.

Diese Vereine wurden immer besonders gelobt, da sie durch eigene emsige Akquise selbständig agieren konnten. Es sind eben diese Veranstalter, die den Künstler*innen eine Plattform boten, und die jetzt in die Röhre gucken. Hier muss dringend mit einem Notfalltopf geholfen werden. Wenn diese Plattformen wegbrechen, haben Künstler*innen auch nach der Krise keine Chance mehr irgendwo auszustreten oder aufzutreten.

Auf der anderen Seite haben sich neue innovative Ideen entwickelt. Es gibt Clubs, die Solisten, die Betonung liegt auf Solo, eine Auftrittsmöglichkeit bieten und darüber dann auch Spenden akquirieren. Kostenfreie Angebote im Internet oder gemeinschaftliches Singen auf dem Balkon fördert ein ganz neues Gemeinschaftsgefühl. Auf „Bläck(e) Fööss“ kann man im Internetauftritt des Kölnischen Stadtmuseums den Erzählungen des Kurators Dr. Philipp Hoffmann und dem Museumsdirektor Mario Kramp folgen. Mit dem Museum Ludwig wird Kunst ins Wohnzimmer gebracht, und der Direktor Yilmaz Dziewior erzählt über seine Lieblingswerke. Viele solcher Ideen werden in den nächsten Tagen entstehen und umgesetzt. Viele Kulturschaffende arbeiten bereits an Formaten, die nach der Pandemie den Wiedereinstieg in die Normalität ermöglichen.

Gisela Stahlhofen

Höhere Honorare für den Museumsdienst

Nach 9 Jahren stetigen Nachfragens und Drängens der LINKEN legt die Verwaltung endlich eine Entgelterhöhung für den Museumsdienst vor. Voraussetzung für eine Honorartätigkeit beim Museumsdienst Köln ist ein abgeschlossenes Studium, beispielsweise in Kunstgeschichte, Geschichte, Archäologie, Ethnologie, bildender Kunst oder Pädagogik, sowie ein sechswöchiges unbezahltes Praktikum.

Auch weiterhin wird nicht alles vergütet, denn der Zeitaufwand beschränkt sich eben nicht nur auf die Führung selbst. Allerdings gelang es der LINKEN im Bereich des Ausfallhonorars eine wesentliche Verbesserung durchzusetzen.

Mit dieser Änderung haben wir direkt den folgerichtigen Schritt gemacht, wenn wir die Entgeltordnung schon mal anpassen. Die Honorare sollten so hoch sein, dass es für die Stadt als Arbeitgeberin wirtschaftlicher wäre, die Mitarbeiter*innen fest anzustellen. Damit würde zum Beispiel die Krankenversicherung paritätisch vom Arbeitgeber mitgetragen.

Im ersten Moment mag man vielleicht denken, hier hat die Verwaltung mal richtig zugunsten der Beschäftigten die Entgelte erhöht. Trotzdem bleibt die Frage: Wie lange wird es bis zu einer nächsten und notwendigen Anpassung dauern?

Gisela Stahlhofen

UMWELT

Heizkraftwerk Merkenich

DIE LINKE hatte 2018 eine weitere Anfrage zu dem Heizkraftwerk in Köln Merkenich gestellt. Wir forderten Auskünfte über die Möglichkeiten auf Kohleverbrennung zu verzichten und Alternativen anzubieten, zum Betrieb des Heizkraftwerks, den Wirkungsgraden sowie den Feinstaubemissionen. Worum ging es uns dabei? Unsere Anfrage diente dazu, Strategien zum Ausstieg aus der Braunkohleverbrennung im Heizkraftwerk Köln-Merkenich zu entwickeln.

Die Antworten auf unsere Fragen waren leider mehr als dürftig. Seitens der Verwaltung wurde uns sogar die fachliche Kompetenz abgesprochen, eine detaillierte und ausführliche Antwort überhaupt beurteilen zu können. Statt einer auskömmlichen Beantwortung spekulierte die Verwaltung schriftlich über die vermeintlichen Beweggründe unserer Fragen. Einige wurden unter Verwendung von pauschalen und nicht begründeten Hinweisen auf Betriebsgeheimnisse überhaupt nicht beantwortet.

Mit Hilfe juristischer Unterstützung erhielten wir dann letztlich noch folgende Auskünfte:

- Die RheinEnergie wird keine zusätzlichen Kraftwerkskapazitäten am Standort Merkenich errichten.
- Sie plant stattdessen zum Ersatz der Braunkohleverbrennung ihre GUD (Gas- und Dampfturbine) zu ertüchtigen. Hierzu soll ihre Feuerwärmeleistung in Verbindung mit der auskoppelbaren Wärmemenge erhöht werden.
- Die von der Verwaltung in Anspruch genommenen „Betriebsgeheimnisse“ wurden durch unsere Beharrlichkeit zumindest nachvollziehbar begründet. Hauptargument war hierbei die Vermeidung von Nachteilen für die RheinEnergie.

Kritisch anmerken möchten wir, dass es eigentlich nicht hinnehmbar ist, wenn eine einigermaßen zufriedenstellende Beantwortung eineinhalb Jahre benötigt und es etlicher Gespräche bedurfte, um diese Informationen zu erhalten.

Gernot Schubert

AVR

Keine Straßenmusikverbote im Domumfeld

Eine weitere Verschärfung der Kölner Stadtordnung (KSO) soll im März im Rat beschlossen werden. Künftig soll Straßenmusik nur noch an vier Standorten im Domumfeld erlaubt sein, am Wallrafplatz gar nicht mehr.

Stück für Stück wird das städtische Leben in der Domumgebung mit immer neu-

Bettler gehören zu einem lebendigen Stadtraum wie das Amen zur Kirche. Weil es in der Innenstadt naturgemäß eher laut ist, sollten Schallschutzfenster zur Standardausrüstung von Innenstadtgebäuden gehören. Das muss der zentrale Hebel sein, um etwaige Lärmbelästigung abzustellen, nicht den Lärmpegel im öffentlichen Raum zu reduzieren. Im Winter heizt ja auch niemand die Außenluft statt sich warm anzuziehen.

Die neuen Messanlagen messen die Lautstärke, aber nicht, wer sie produziert. Das Ordnungsamt rückt aus, wenn die Anlage eine Überschreitung der erlaubten Lautstärke angezeigt hat. Diese kann aber auch von einer Gruppe grölender Fußballfans stammen, die gerade vorbeigegangen ist. Letztlich können Verstöße nur dann zweifelsfrei bewiesen werden, wenn der Ordnungsdienst mit mobilen Lärmmessgeräten vor Ort ist.

Diese Maßnahme wird nicht funktionieren. Deswegen läuft sie auf ein generelles Verbot von Straßenmusik hinaus, das man sich jetzt anscheinend noch nicht traut zu fordern. Dazu werden 25.000 Euro sinnlos verschwendet.

Güldane Tokyürek, Franco Clemens

SOZIALES

Arbeitslosenzentren dürfen nicht sterben

Die Landesregierung hat für 2021 einen Umbau des Systems der unabhängigen Erwerbslosenberatung angekündigt. Wenn die europäischen Fördermittel Ende 2020 auslaufen, werden reine Arbeitslosenzentren nicht mehr vom Land gefördert. Diese Mittel sollen künftig Erwerbslosenberatungsstellen zu Gute kommen, die eine zusätzliche Aufgabe bekommen. Sie sollen künftig auch Menschen beraten, die von ihren Arbeitgebern ausgebeutet werden. Es ist nicht vorgesehen, dass Arbeitslosenzentren diese Aufgabe übernehmen und sich somit eine Anschlussfinanzierung sichern.

Träger von Arbeitslosenzentren in Köln, die gleichzeitig Erwerbslosenberatungsstellen sind, könnten mit der Umschichtung von Geld und Aufgaben relativ glimpflich davonkommen. Doch drei Träger in Köln sind 'nur' Arbeitslosenzentrum. Um sie machen wir uns Sorgen. Zu ihnen gehört das älteste Arbeitslosenzentrum in Köln von „Frauen gegen Erwerbslosigkeit“, der Kellerladen in Bilderstöckchen und der Lindweiler Treff. Die Zukunft dieser wichtigen Anlaufstellen muss unbedingt gesichert werden!

Arbeitslosenzentren haben die wichti-

ge Aufgabe, Erwerbslose vor Vereinsamung zu schützen und ihnen niedrigschwellig soziale Kontakte anzubieten. Das ist für viele von ihrer Situation Traumatisierte der erste wichtige Schritt dahin, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen. Das Arbeitsministerium scheint das als überflüssig anzusehen, obwohl viele Studien dem widersprechen. Deshalb hat DIE LINKE zusammen mit der SPD einen Antrag eingebracht. Der Sozialausschuss soll die Landesregierung auffordern, die Struktur der Anlaufstellen für Erwerbslose nicht anzutasten.

2018 wurde die Evaluation des NRW-Modellprojektes 'Brücken bauen' veröffentlicht, das vom NRW-Arbeitsministerium selbst in Auftrag gegeben wurde. Sie hat gezeigt, dass soziale Isolation eine der Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit ist. Mit den üblichen Beratungsangeboten werden Langzeiterwerbslose nicht erreicht. Es braucht einen niedrigschwelligen Ansatz, wie ihn z. B. Arbeitslosenzentren bieten.

Auf der Sitzung des Sozialausschusses wurde der Antrag einvernehmlich verfasst, weil neue Informationen aus dem Ministerium erwartet werden.

Güldane Tokyürek, Jörg Detjen

SOZIALES

Duschbus wird geprüft

Auf der letzten Sozialausschusssitzung übernahm die FDP alle Änderungsvorschläge der LINKEN in ihren Prüfantrag zu einem Duschbus für Obdachlose. DIE LINKE wollte neben einer Prüfung, ob der Duschbus sinnvoll und realisierbar sei, auch eine Evaluation des bestehenden Angebotes in Einrichtungen.

Manche Obdachlose werden von den bestehenden Angeboten nicht erreicht. Doch warum, wissen wir nicht. Das kann an den fehlenden Öffnungszeiten abends und am Wochenende liegen. Das kann auch daran liegen, dass Hunde nicht in die Einrichtungen gebracht werden dürfen. Oder es ist eine geringe Gebühr für das Duschen fällig, die Obdachlose nicht bezahlen können oder wollen. Wir wollten, dass die Verwaltung parallel prüft, wie man das bestehende Angebot besser und passgenauer ausbauen kann.

Bevor wir das Geld für einen Duschbus in die Hand nehmen, sollten wir klären, ob er gebraucht wird. Er ist nur dann sinnvoll, wenn er obdachlosen Menschen etwas bieten kann, was stationäre Einrichtungen nicht können. Ein Angebot, das nicht gut angenommen wird, brauchen wir nicht. Dann sollten wir das Geld lieber in eine Ausweitung der bestehenden Hilfen für Obdachlose stecken. Dieser Argumentation konnte sich die FDP nicht verschließen.

Jörg Detjen



Straßenmusik muss bleiben: Hier Express im Jahre 2003

en Verboten eingeschränkt. Alle zwei Jahre entscheidet der Rat über eine neue Verschärfung der Stadtordnung. Ich glaube nicht, dass diese weitere Einschränkung schon das Ende der Fahnenstange ist. Wir müssen uns jetzt dagegen wehren. Sonst ist der zentrale Platz der Stadt bald eine Hochglanz-Flaniermeile, auf der Grabesstile herrscht.

Wir werden bei der Verwaltung nachfragen, wie viele Beschwerdeführer es aus der unmittelbaren Domumgebung gibt, ob sie Anwohner, Hausbesitzer oder Arbeitnehmer sind. Wir müssen wieder zurück zu einem Dialog auf Augenhöhe mit allen Beteiligten, auch den Musikern, so wie er schon einmal vor 2016 praktiziert wurde.

Straßenmusik, Straßenkünstler und

Corona und die Städtischen Kliniken

In Köln gibt es mittlerweile Klatschaktionen in den Abendstunden, die ein „Dankeschön“ sagen an alle Pflegenden, Ärztinnen und Ärzte. Dabei wird vergessen, dass auch die gewerblichen Bereiche in Krankenhäusern wie Wäscherei, Speiserversorgung, Service, Reinigung, Handwerker*innen und viele mehr wichtig sind. Sie alle tragen ihren Teil dazu bei, dass der Betrieb „Krankenhaus“ funktioniert. Das Zusammenspiel aller Beschäftigten bei den Kliniken der Stadt Köln gGmbH macht eine gute Versorgung der Patient*innen erst möglich. Das „Dankeschön“ sollte somit allen gelten.

Hervorheben möchten wir die Reinigung, der gerade in der Hygiene eine wichtige Bedeutung zukommt. Sie wurde vor Jahren schon fremdvergeben, um Kosten zu sparen. Diese betriebswirtschaftliche Herangehensweise lehnen wir ab.

Untersuchungen verweisen auf den Zusammenhang von Kürzungen bei der Reinigung und der Gefahr von Infektionen, was sich nicht erst in Zeiten von Corona rächt. Wir sprechen uns für eine qualitativ hochwertige Reinigung mit eigenem und vor allen Dingen ausreichendem, bedarfsgerechten Personal aus.

Die Erfahrung zeigt, dass eigene Mitarbeiter*innen einen motivierten und verantwortungsvollen Bezug zu ihrem Arbeitsplatz haben. Dies trifft auch in besonderer Weise auf die Beschäftigten der Wäscherei zu, die zum Teil schon 30 Jahre und mehr bei den Städtischen Kliniken arbeiten. DIE LINKE hat sich für den Erhalt der Wäscherei stark gemacht und während deren Rat-

hausaktion im vorigen Jahr mit den Kolleginnen gesprochen.

Noch immer sorgen die Beschäftigten vor Ort dafür, dass die Wäscheversorgung aufrechterhalten wird. Es finden dort jetzt sogar Nähaktionen statt, um den Mundschutz-Vorrat zu erhöhen. Das Thema „bedarfsgerechte Personalbemessung“ ist für alle Bereiche des Krankenhauses wichtig. Bei einigen Pflegenden wird zu recht kritisch gesehen, dass ein „Dankeschön“ nett daherkommt, aber nichts Nachhaltiges ist. Da braucht es schon etwas mehr wie z.B. eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung, die spätestens nach der Corona-



krise, aber besser schon jetzt ohne Wenn und Aber auf den Weg gebracht wird.

Wenig hilfreich ist hingegen, dass ein Herr Spahn sich erdreistet, die seit wenigen Monaten geltende Personaluntergrenze in Zeiten von Corona aufzuheben. Die Belastung des ausgedünnten Personals ist in der Coronakrise noch schlimmer als ohnehin schon. Der Fachkräftemangel kommt nicht von ungefähr. Die Personaldecke wurde auch in den Städtischen Kliniken in den letzten Jahren immer weiter runtergefahren.

Betriebswirtschaft vor Daseinsvorsorge und Gemeinwohl. Das rächt sich in Zeiten von Pandemien und ist auch in einem vergleichsweise besser funktionierenden deutschen Gesundheitswesen deutlich spürbar.

Wie gut, dass das Holweider Krankenhaus noch nicht dem Gutachten des Gesundheitsministeriums NRW zum Opfer gefallen ist, das es wegsparen möchte.

Die Politik auf allen Ebenen ist gut beraten, sich nochmals Gedanken darüber zu machen, welche finanziellen Mittel für die Gesundheitsversorgung bereitgestellt werden. Corona Covid 19 wird uns noch längere Zeit begleiten und eine zukünftige Krise durch ein neues Virus kann nicht ausgeschlossen werden.

Deshalb müssen wir im Interesse aller für den vollständigen Erhalt des Krankenhauses Holweide kämpfen und die Privatisierung einzelner Dienstleistungsbereiche wie Wäscherei und Reinigung rückgängig machen!

Beate Hane-Knoll, Uschi Röhrig

Max Becker Gelände:

Verantwortliche handeln nicht !

Der circa 12 ha große Schrottplatz an der Widdersdorfer Straße in Ehrenfeld soll einer neuen Nutzung zugeführt werden. Ungefähr ein Viertel des Geländes gehört der RheinEnergie. Der größere Teil des Geländes ist in privater Hand. Erst auf Nachfragen der Linksfraktion in der Ratssitzung vom 6. Februar 2020 wurde bekannt, dass die Stadt und die RheinEnergie noch die Möglichkeit haben, das Gelände komplett in städtische Hand zu bekommen. Bis Mitte März hätte die RheinEnergie ihr Vorkaufsrecht noch ziehen können. Trotz eines gegenteiligen Ratsbeschlusses, das Vorkaufsrecht zu nutzen, hat die RheinEnergie nicht gehandelt. Somit ist das Gebiet nun unwiederbringlich privatisiert. Es ist eine Schande, dass die Verwaltungsspitze und die RheinEnergie trotz Ratsbeschlusses untätig geblieben sind.

Zur Erinnerung:

Kurz vor Weihnachten 2019 hat die Firma Pandion den größeren Teil des Geländes von der Firma Max Becker gekauft. Der Kaufpreis betrug 175 Mio. Euro. Das ist ein Vielfaches vom realen Wert für Industrie- und Gewerbeflächen.

Pandion ist ein Immobilienentwickler, der vor allem im Luxussegment tätig ist. So wurden zum Beispiel die Krankenhäuser am Rheinufer von Pandion verwirklicht.

Würde Pandion den Zuschlag für die Entwicklung des ehemaligen Schrottplatzes erhalten, wäre dies ein weiterer Schritt in Richtung Gentrifizierung in Ehrenfeld. Die dortige Bezirksvertretung hat mit mehreren einstimmigen Beschlüssen ihren politischen Willen kundgetan.

Geförderter und preiswerter Wohnraum soll auf dem jetzigen Schrottplatz

entstehen, geht es nach ihrem Willen. Mittlerweile hat sich in Ehrenfeld eine Bürgerinitiative gegründet. Diese will für die Mitgestaltung des Geländes kämpfen. Da das Gelände jetzt zum Großteil einem privaten Investor gehört, muss die Strategie geändert werden. So kann die Stadt beispielsweise neues Planrecht verweigern oder verzögern.

Es kann auch diskutiert werden, ob man an dieser Stelle tatsächlich Wohnungen bauen will oder ob nach Wegzug des Schrottplatzes das Gebiet weiterhin für Industrie und Gewerbe bleiben soll.

Schließlich ist der Platz für Industriearbeitsplätze in Köln auch sehr rar. Würden Arbeitsplätze statt Wohnungen entstehen, könnte sich Pandion am Kaufpreis verheben.

Michael Weisenstein

Krisenbewältigung durch Einschnitte im Kölner Haushalt?

Am Freitag, 27.3. informierte Kämmerin Dr. Diemert die Ratsfraktionen über ihre Anweisung an die Kölner Stadtverwaltung. Laut dieser „Bewirtschaftungsverfügung“ sollen nur noch solche Ausgaben vorgenommen werden, zu denen die Stadt rechtlich verpflichtet ist oder die unaufschiebbar sind.

Wenn in Folge der Krise die Steuereinnahmen der Stadt Köln einbrechen, dann wird die Kämmerin dies nicht durch Kürzungen wettmachen können. Ihre Kürzungen dürften aber die wirtschaftliche Situation weiter verschlimmern. Jetzt städtische Ausgaben zurückzufahren, ist eine falsche Maßnahme! Wir befinden uns in einer beispiellosen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Krise. Um die Stadtgesellschaft zu schützen, ist ein vorübergehendes Minus im städtischen Haushalt gerechtfertigt.

Die Verfügung der Kämmerin sieht für einzelne Bereiche Ausnahmen vor: Für die Bewältigung der Corona-Krise und bei freiwilligen Leistungen, sofern sie zur „Sicherung bestehender Strukturen“ notwendig sind. Welche Ausgaben im Einzelnen wegfallen sollen, und welche unter die Ausnahmeregelungen fallen, darüber macht die Kämmerei bislang keine Aussage. Die

Ratsfraktion DIE LINKE stellt zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses eine entsprechende Anfrage.

Wir brauchen Klarheit von der Verwaltung: Welche Aufträge, Förderungen und sonstigen Ausgaben laufen weiter, welche werden gestrichen oder verschoben? Das ist wichtig für die Betroffenen und es ist wichtig für die demokratische Kontrolle der Verwaltung. Der Kölner Rat hat die Ausgaben im Kölner Haushalt nicht aus Jux und Dollerei beschlossen, sondern weil er sie für wichtig hält. Die Kämmerin sollte nicht Teile des Haushaltes aussetzen, ohne die Politik einzubeziehen.

Transparenz sieht anders aus! Die Anweisung der Kämmerei datiert auf den 25.3., den Tag vor der Ratssitzung. Die Politik wurde aber erst einen Tag nach der Ratssitzung informiert. In seiner Sitzung führte der Kölner Rat eine Aktuelle Stunde zur Corona-Krise durch, in der der Stadtdirektor über die aktuellen Maßnahmen berichtete. Von der Kämmerin kam kein Wort zu den Einschnitten bei den städtischen Ausgaben. Der Rat wurde im Unklaren gehalten und konnte zur Maßnahme weder nachfragen noch sie diskutieren.

Jörg Detjen

Wohnungslose bleiben vorerst im Haus in der Südstadt

In einem Haus an der Bonner Straße 120 leben seit Wochen rund 30 Wohnungslose, meist aus Ost- und Südosteuropa. Die Linksfraktion hatte sich aktiv dafür bei der Verwaltung und vor Ort dafür eingesetzt, dass das Haus nicht geräumt wird. Das Amt für Liegenschaften im Dezernat von Frau Blome hatte eine kurz bevorstehende Räumung des Hauses durch die Polizei angekündigt - wegen angeblich akuter Gesundheitsgefahr durch Schimmel. Den Menschen war ein Hausverbot und ein Platzverweis erteilt worden. Mitten in der Coronakrise sollten Wohnungslose dort vertrieben werden.

In dem ehemaligen Wohnheim für Beschäftigte beim U-Bahnbau gibt es ge-

räumige Einzelzimmer, warmes Wasser, Sanitäranlagen. Die Bewohner*innen haben sich organisiert. Hygiene-Regeln gegen Corona hängen aus.

Öffentlicher Druck ermöglichte es dem Sozialdezernenten Harald Rau, bei einem Besuch im Haus zu verkünden, das Liegenschaftsamt halte seinen Befund von Schwarzsimmel nicht aufrecht. Bei Redaktionsschluss ist die Gefahr einer Räumung aber nicht endgültig abgewendet. Die Linksfraktion tritt dafür ein, dass die 30 Menschen bis zum Abriss des Hauses in dem Haus bleiben können. Und sie wird im Rat angesichts des Verhaltens der Liegenschaftsverwaltung nachhaken.

Heiner Kockerbeck



VHS und Rheinische Musikschule: Scheinselbstständigkeit in der Coronakrise

Am 23. März wurden auch die städtischen Einrichtungen der Weiterbildung wegen der Pandemie geschlossen, Volkshochschule und Rheinische Musikschule. Bei der VHS gibt es bekanntlich rund 100 langjährig Beschäftigte, die auf Honorarbasis dort Vollzeit arbeiten. Bei der Rheinischen Musikschule arbeiten mehr als 150 Musiklehrer/innen auf Honorarbasis. Weil keine Kurse mehr stattfinden, sollten alle zunächst kein Honorar mehr erhalten, wurde die Stadt in der Presse zitiert. Nur Honorare für bereits stattgefundenen Unterricht würden schneller als üblich ausbezahlt.

Der Rat hatte bei VHS und Rheinischer Musikschule in der Vergangenheit die Entlohnung mehrmals leicht verbessert. An der Musikschule wurden zusätzlich feste Stellen geschaffen. Siebzig Prozent des Musikunterrichts werden hier mittlerweile von tariflich Beschäftigten gegeben. An der Volkshochschule ist man von solch einem Lösungsweg noch weit entfernt. Es ist bundesweit geradezu das Geschäftsmodell der Volkshochschulen, die Lehrenden auf Honorarbasis zu beschäftigen, ohne soziale Absicherung und Rentenansprüche.

Die Linksfraktion nahm ab dem 23.3. Kontakt zu verschiedenen Dienststellen auf. Die Stadt sollte freiwillig Honorare weiterzahlen, bis Lösungen aus dem Land oder dem Bund greifen. Die Lehrenden konnten ja weiter Leistungen für ihren Arbeitgeber erbringen, z.B. Kursteilnehmer*innen per Computer kommunizieren. Diese Aufgabe stände sowie so bei einer Fortdauer der Coronakrise an.

Der Leiter der Rheinischen Musikschule, Dr. Fischer, ging am 24.3. als erster den mutigen Schritt und sagte seinen Beschäftigten zu, bis zu den Osterferien die Honorare weiterzuzahlen. Damit hatte er eine sechsstellige Summe in seinem Etat auszugleichen, seiner Institution jedoch einen Vertrauensvorschuss bei den Beschäftigten verschafft. Bei der Volkshochschule hat die Verwaltung am 1.4. immer noch keine endgültige Lösung. Zwischen der VHS-Leitung und dem Bildungsdezernat gibt es, so ist zu hören, zähe Verhandlungen um verschiedenen Optionen. Es scheint sich eine Lösung herauszubilden, bei der die Dozierenden bis zu den Ferien einen Teil des Lohnverlustes erstattet bekommen, etwa in Höhe des Kurzarbeitergeldes. Da die Entlohnung bei der VHS jedoch am Existenzminimum liegt, bedeutete das bittere Einschnitte. Zu hoffen bleibt also letztlich doch, dass das Hilfspaket der Landesregierung für Unternehmen und Solo-Selbständige ihnen stärker und schneller unter die Arme greift. Die Bearbeitung der Anträge dort geht, so ist den Medien zu entnehmen, erstaunlich zügig vonstatten. *Heiner Kockerbeck*

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Verleihung des Kölner Else-Falk-Frauenpreises 2020

Frauke Mahr wurde erste Preisträgerin

Zum ersten Mal in der Kölner Geschichte wurde eine Frau für ihre außerordentlichen Leistungen auf dem Gebiet der Gleichstellung der Geschlechter mit einem Frauenpreis gewürdigt.

Auf Anregung des Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen (AKF Köln) beschloss die Stadt Köln im Juni 2019, einen Preis für außerordentliche Frauen- und Gleichstellungsarbeit zu verleihen. Dieser Preis sollte nach Else Falk benannt werden. Else Falk (1872-1956) ist eine bedeutende Aktivistin der Kölner Frauenbewegung. Sie war Frauenrechtlerin, Sozialpolitikerin und Förderin von zahlreichen sozialen Projekten.

Ziel des Preises soll die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema „Geschlechtergerechtigkeit“ sein und die Stärkung der Bereitschaft, selbst für die Gleichstellung von Frauen und Männern beziehungsweise Mädchen und Jungen aktiv zu werden.

Mit dem Frauenpreis soll das herausragende Engagement in Frauenprojekten gewürdigt und verdeutlicht werden, wie gesellschaftlich wichtig Gleichstellung und der respektvolle Umgang miteinander sind. Unter diesem Aspekt machte die Oberbürgermeisterin Reker den Weg für Bewerbungen frei.

Vom 1. August bis zum 30. November 2019 lief die Einreichungsfrist für den Else-Falk-Preis. Die Bewerberinnen sollten eine Vorbildfunktion erfüllen und durch ihr Engagement in herausragender Weise für Geschlechtergerechtigkeit gewirkt haben. Zukunftsweisend und innovativ sollte die Arbeit der Bewerberinnen sein. In dieser Zeitspanne erreichten uns 17 Bewerbungen, deren Arbeit in vielerlei Hinsicht diese Kriterien erfüllt hatten.



Ratsfrau Hamide Akbayir und Frauke Mahr

Durch eine Jury sollten diese Bewerbungen eingeschätzt und eine Frau für diesen Preis benannt werden. So trafen sich am 16. Januar 2020 13 Jurymitglieder. Die Jury setzte sich aus Vertreterinnen der Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerverbände, der Fraktionen des Kölner Rates, der Universität zu Köln, der Liga der Wohlfahrtsverbände, des Arbeitskreises Kölner Frauenvereinigungen und des Bündnisses LILA Frauen in Köln sowie der städtischen Gleichstellungsbeauftragten Bettina Mötting zusammen. Die Jury wurde von Oberbürgermeisterin Henriette Reker geleitet.

Durch ein Vorabvotum wurde der Kreis der Bewerberinnen auf 10 der ausgewählten Bewerberinnen eingegrenzt. Sie und ihr Engagement wurden vorgestellt.

Nach einem regen Meinungsaustausch wurde Frauke Mahr vom Verein „Lobby für Mädchen“ mit höchster Punktzahl als erste Frau mit dem Else-Falk-Preis 2020 ausgezeichnet. An zweiter Stelle wurde Irene Franken, Mitbegründerin des Kölner Frauengeschichtsvereins und 2017 mit der Alternativen Ehrenbürgerschaft in Köln geehrt, gewürdigt. Den dritten Platz gewannen gemeinsam Irmgard Kopetzky vom „Notruf für vergewaltigte Frauen e.V.“ und dem „Kölner Aktionsbündnis LILA“

und Maria Mies. Die Professorin publiziert feministische, ökologische und entwicklungspolitische Bücher. Sie ist auch Gründerin des ersten Frauenhauses in Köln.

Auch wenn der Fokus des Else-Falk-Preises auf der Preisträgerin liegt, war die Jury der Meinung, dass alle Bewerberinnen in der offiziellen Preisverleihung gewürdigt und die auf Platz zwei und drei gewählten Frauen namentlich genannt werden sollen.

Wir gratulieren Frauke Mahr für ihr langjähriges Engagement und wünschen ihr und ihrem Team weiterhin viel Erfolg.

Hamide Akbayir



LISA ist ein Zusammenschluss feministischer und frauenbewegter Frauen in der LINKEN. Beim Empfang im Rathaus zum Internationalen Frauentag informierten und netzwerkten u. a. Ratsmitglied Güldane Tokyürek, Fatima Remli (Linke internationale Liste) und die Fraktionssprecherin Gisela Stahlhofen (von links).